

Wie die Demokratie in Krisensituationen bestehen kann

Am Dienstagabend, 22. März 2022, diskutierten die fachlich ausgewiesenen und rhetorisch beschlagenen Céline Widmer, Nationalrätin SP/ZH, und Thomas Pfisterer, ehem. Bundesrichter, Regierungsrat und Ständerat FDP/AG im Coalmine Café bei einem Podium der Neuen Helvetischen Gesellschaft Winterthur über das Thema: «Freiheit und Demokratie – auch in Zeiten von Covid-19».

Nach beidseits brillanten Kurzvoten waren sich beide in der Diskussion einig, dass die Schweiz bei der Bewältigung der Corona-Krise im Vergleich mit anderen Ländern in der Sache und in der Wahrung der Freiheit gar nicht schlecht abgeschnitten hat. Ebenso fanden beide die diesbezüglich aufgekommenen Diktatur-Vorwürfe an den Bundesrat sachlich unbegründet und für die politische Kultur der Schweiz bedenklich.

Solidarität oder individuelle Freiheit

Klar, aber respektvoll artikulierten die beiden einander und dem hochinteressierten und in der Diskussion mitgehenden Publikum aber auch Unterschiede. Céline Widmer hätte sich mehr nicht nur rhetorische, sondern auch tatsächliche Solidarität beim Freiheitsgebrauch gewünscht. Eine Gesundheitspolitik unter dem ständigen Spardiktat bezeichnete sie als verheerend – grundsätzlich, aber vor allem auch in der Covid-Krise. Dagegen sorgte sich der «liberale Jurist» Thomas Pfisterer um die Sicherung, insbesondere auch der Demonstrationsfreiheit, ja überhaupt der individuellen Freiheit angesichts teilweise überbordender und fachlich unsorgfältiger Covid-Gesetzgebung. Auch darüber, ob der Föderalismus in Bezug auf die Covid-Massnahmen ein Trumpf war, blieb es beim Dissens. Der FDP-Politiker und Rechtswissenschaftler sah den «Flickenteppich» der Massnahmen als Vorteil, da damit auf die lokalen Bedürfnisse am besten eingegangen werden könne und die Kantone voneinander lernen könnten. Die SP-Nationalrätin kritisierte die Widersprüchlichkeit der Massnahmen und nahm das Beispiel gar als Ausgangslage, um eine Staatsreform zu skizzieren, denn es sei nicht angemessen, dass Kleinkantone mit weniger Einwohnern als ihr Zürcher Wohnquartier im Bundeshaus vertreten seien, während die Grossstädte immer wieder Mühe hätten, ihre Anliegen in Bern zu platzieren.

Führungsloser Bundesrat

Völlig einig waren sich Widmer und Pfisterer in der mehrfach sichtbar gewordenen Führungsschwäche des Bundesrates, und sie konnten und wollten hier die Verbindung zur aktuellen, und in vielem einschneidenderen Ukraine-Krise nicht aussparen. Sie sprachen beide Klartext: Wie schon in den gut zwei Jahren zuvor präsentierte sich dieser mit einem ersten Nicht-Beschluss, einer desaströsen Medienkonferenz und dem zögerlichen Anschluss an die weltweiten Sanktionen unter dem Deckmantel der Neutralität als «führungsloser Hühnerhaufen». Die grosszügige Solidarität der Bevölkerung mit den Ukraine-Flüchtlingen begrüsst beide, nicht ohne den Zweifel allerdings, ob diese auch langfristig anhalten wird.